Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 19 (1939-1940)

Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 24.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

D wie dein Sinn noch mit sich selber kämpft, aus weißem Tob das Leben aufzurufen!

Hinweg! Schon sind, die aus dem Eis sich schufen, die Wasser, nah am Rand der flachen Schale. Und höher schwillt's. Und nun mit einem Male laut überstürzend formt es sich zum Flusse und donnert hin, erlöst, in jähem Schusse, hinab ins Tal im überdrang des Strebens. Wie tönt das Tal vom Lustgesang des Lebens!

# Politische Kundschau

## Schweizerische Umschau

Der Schnapsstandal am Versanden? / Wege zur politischen Verständigung. / Die Zukunft der "Nationalen Front".

Bas sich zahlreiche Schnapsfabrikanten an Kälschungen geleistet haben, beginnt sich allmählich aus dem Gedächtnis des Volkes zu verflüchtigen. Auf jeden Fall arbeiten der Zeitablauf und verschiedene andere Kräfte baran, ben "Schnapsfkandal" als flein und immer fleiner erscheinen zu laffen. Darum muß der Tatbestand wieder aufgegriffen werden. Durch ein neues und fehr tompliziertes Berfahren ift es Dr. Mohler vom Chemischen Laboratorium ber Stadt Zürich gelungen, nachzuweisen, daß zahlreiche Schnapsfabrikanten ihren Rirsch und ihre anderen Spirituosen mit Keinsprit verschnitten oder sogar mit Silfe von Effenzen, Baffer, Bucker und Alkohol herstellten. Bon 21 im Jahre 1935 erhobenen Kirichmasserproben verschiedener Fabrikanten maren nur 3 gegenüber dem neuen Berfahren "analhsenfest". Die neue Untersuchungsmethode kam aber erst 1937 und 1938 für gerichtliche Gutachten zur Anwendung. Bücherrevisionen und Hausdurchsuchungen ergaben dann die Richtigkeit des Befundes, nämlich bag unter dem Ramen "Ririch" bloger "Ririch-Berichnitt", b. h verspriteter Kirsch, teilweise auch nur bloger Essenzfirsch, verkauft murde. Aus ben ungefähr gleichen Preisen murbe bann barauf geschlossen, bag bie Ririchwaffer ber meiften Firmen nicht reingehalten fein konnten. Es folgten von der Bezirksanwaltichaft Zurich aus große Erhebungen bei inner- und außerkantonalen Sabrifanten. Naturlich murben die beanstandeten Baffer in den Lagern, aber auch im Detailhandel beschlagnahmt. In der Stadt Zürich 3. B. ergab diese Aftion 72 506 Liter, im Ranton Bajel-Landschaft 3800 Liter usw. Die Fälschungen datierten bei einzelnen Firmen ein bis mehrere Jahrzehnte zuruck. Selbstverständlich machten die Fabrifanten damit ein gutes Geschäft. Eine einzige Firma foll im Laufe eines Jahres durch Zujat von 20 000 Liter Waffer zum Sprit die Summe von 100 000 Franken verdient haben. Bermutlich wurde auch auf gesetwidrigem Wege Alfohol durch Bergarung von Zuder gewonnen, wobei ber Liter Sprit vielleicht auf Fr. 1.40 bis 1.80 gu fteben tam im Unterschied gu ben Fr. 4.50, welche der Eidgenöffischen Alfoholverwaltung für den Liter hatten bezahlt werden muffen. Je mehr Sprit oder Baffer natürlich den Schnäpfen zugesett worden sind, je weniger Naturfirsch dabei verwendet wurde, desto größer waren die Gewinne. Die Leidtragenden waren dabei die ehrlichen Brenner und jene kleinen Bauern — im Baselbiet zum Beispiel —, die für ihren selber gebrannten reinen Kirsch nur ungenügende kleine Preise bekamen, weil die fälschenden Großfabrikanten natürlich ihre Waren zu billigen Preisen anbieten konnten. Zusammengefaßt handelt es sich wohl um die größte Lebens-mittelfälschung, die unsere Kriminalgeschichte überhaupt kennt.

Als die Bergehen im letten Berbst aufgebedt murben, riefen fie unter bem Bolte große Empörung hervor, und es ist kaum zu viel gesagt, wenn man von einem regelrechten Proteststreit ber Räufer rebete. Die ganze Preffe mar erfüllt von Kundgebungen des Abscheus und Begehren auf scharfe Bestrafung der Schuldigen. Ja, die Landesausstellung hat sogar die ganze Spirituosenabteilung aus ihrem Bereiche ausgemerzt. Inzwischen ist es jedoch in der Angelegenheit immer ruhiger geworden. Die Begirksanwaltschaft Burich fest zwar ihre Untersuchungen zwecks Unklageerhebung fort und stellt die Bestrafung ber Fälscher in Aussicht, aber sie hat bisher weder Anklage erhoben noch auch nur die Namen der Inkriminierten bekannt gegeben. Andererseits hat sich der Zorn des Bolkes mehr oder weniger gelegt; es wird wieder mehr Schnaps getrunken, selbst ben vermutlich fehlbaren Firmen läuft bank bem behördlichen Schweigen bas Geschäft wieder ordentlich weiter. Es tauchen nun aber allerlei In stitutionen, Bestrebungen und Zeitungsartikel auf, die — gelinde gesagt jedenfalls nicht den Zweck verfolgen, eine ernste Uhndung der Bergehen herbeizuführen. Bas joll bas nach Entbedung ber Fälschungen gegründete "Gbelbrauntwein-Produzenten und Importeuren-Syndikat" mit Sig in Schwyz, was soll die jungft gebilbete "Intereffengemeinschaft bes ichweizerischen Spirituofengewerbes"? Symptomatifch für die nun auftauchenden Bestrebungen ift ein letthin mancherorts abgebrudter Zeitungsartifel mit dem Titel "Der Schnapshandel", der fich bemuht, bie ganze Sache durch unzutreffende Behauptungen zu beich onigen und gu bagatellisieren. Der Berkauf von "Kirsch-Berschnitt" als "Kirsch" erscheint da nur als Formsehler; daß es sich nur um Berschnitt handeln könne, sei jedem Einsichtigen schon am Preise erkennbar gewesen. Geld sei babei nicht viel verdieut worben. Der verschnittene Ririch fei weniger gesundheitsichablich als ber reine, ebenso sei er in Geruch und Geschmad besser. Diese Tatsachendarstellungen, heißt es wieder, möchten "nicht die fehlbaren Brenner entschuldigen und reinwaschen", sondern "der Abklärung der ganzen Affare dienen". In typischer Beije folgen sich in diesem Aufsate stets Anklage und Entschuldigung auf dem Fuße. So heißt es am Schluffe, es fei "gefündigt" worden - aber mit einer "gewissen Duldung einzelner Amtsftellen". Und von einer Bestrafung wird nicht geredet, sondern nur von einer "gerichtlichen Erledigung bes Sandels", mit ber allein weder dem Bublikum, noch den Kirschenpflanzern, noch den Kirschbrennern gedient sei! Man sieht, bağ da die "Aufflärung sarbeit" geleistet wird, um den ganzen Schnapsftandal als eine in jeder hinsicht entschuldbare Abweichung von einer gesetlichen Norm hinzustellen. Der Bandel in der Gesinnung wird besonders daburch ins Licht gestellt, daß von der gleichen Stelle aus im Berbst ein Artifel lanciert wurde des Inhalts: das durch den Schnapsstandal entstandene Mißtrauen tönne burch feine Beschönigungen und Bertuschungen, sondern nur durch restlose Sauberkeit und Rechtlichkeit behoben werden. In der gleichen Richtung wie der zitierte Auffat über "Den Schnapsstandal" liegen jene Außerungen, die eine Hauptschuld der Eidgenössischen Alkoholber= waltung in die Schuhe schieben ("Lenzburger Zeitung", "Bolksrecht", "Zürichfee-Beitung"). Ratürlich hatte es biefer Berwaltung auffallen muffen, bag bie Kirschfabrikanten so viel Feinsprit bezogen. Es handelt sich bei ihr indessen um die Berwaltung eines handelsmonopols, nicht um eine gewöhnliche Amtsstelle. Bon einer rechtlich relevanten Dulbung tann bei ihr feine Rebe fein. Man wird von einem Gewerbebetrieb boch nicht verlangen wollen, daß er feine Runden unterfuche und denungiere!

Es ware ein bebenkliches Zeichen, wenn durch berechnete "Aufklarung" ber "Schnapsftandal" allmählich zum Bersanden gebracht werden könnte. Es bleibt eben doch dabei, daß weitherum unter dem Namen "Kirsch" gefälschte Produkte verkauft worden sind.

\* \*

Im letten Herbst, beim Eintreten auf die bundesrätliche Borlage über das Fiskalnotrecht, äußerte sich der radikal-demokratische Fraktionspräsident Dr. L. F. Meher im Nationalrat über die Boraussetzungen für eine dauernde Berständigung ung unter den politischen Gruppen der Landes. Un die Stelle eines unfruchtbaren Kampses, so erklärte er, solle die freie Berständigung treten. Jede Berständigung müsse sich auf eine einzige, klar umschriebene Sachsrage beschränken ohne Berknüpsung mit politischen Bedingungen. Ferner sei von den Berhandlungspartnern ein Mindestmaß von Berhandlungsfähigkeit zu sordern. Der Redner schloß mit der Erwartung, daß auf diesem Wege die seit dem Sommer 1937 gepflegten Berständigungsbestrebungen erfolgreich sortgesetzt werden könnten.

So geschickt diese Minimalsorderungen ausgewählt sind, so kommt man doch nicht umbin, die Magerfeit solcher Forderungen zu bestaunen. Offenbar liegt in ben Worten von Dr. L. F. Meyer ber Bergicht, wenigstens der vorläufige Berzicht auf die zuerst von der freisinnig-demokratischen Partei angeregte Berftanbigung in Sachfragen ber eibgenöffifchen Bolitit. Man muß sich barauf beschränken, einige rein formale Boraussetungen für die Berftändigung aufzustellen. Im Grunde genommen sind wir eben noch feinen Schritt weiter als vor zwei ober fünf ober gehn Sahren. Bir besiten feine große Partei mehr, wir haben nicht einmal mehr ein ganz sicheres Gefüge von Regierungsparteien, wir find aufgesplittert in tleine und größere Parteigruppen mit ihren Absolutheitsansprüchen. Wie interessant waren boch die Untworten, welche die Freisinnigen seinerzeit auf ihre Anfrage wegen "Rationaler Bujammenarbeit" von den einzelnen Parteien erhielten ("Politische Rundschau" 1937, Nr. 7)! Sie hatten 8 Boftulate im Sinne eines Arbeitsprogrammes aufgestellt, lauter Forderungen, die in ihrer allgemeinen Tendenz und weiten Fassung mehr oder weniger Jedem einleuchten konnten. Zumeist handelte es sich um wirtschaftliche Anliegen. Bon allen Seiten her, von ben Katholisch-Ronfervativen bis zu ben Sozialbemokraten wurde grundsätlich die Bereit willigkeit erflart, an der Lösung der Fragen mitzuarbeiten. Im Ginzelnen jedoch zögerten die verschiedenen Parteien nicht, gerade ihre gegenfählichen Stand. puntte beizubehalten. Beispielsweise stand die Ratholische Boltspartei für eine gemäßigte staatliche Birtschaftsintervention ein sowie für die Aufrichtung einer berufsständischen Ordnung, mährend die Bauernpartei den Ton auf "eine bernunftige Ordnung ber wirtschaftlichen Berhältnisse burch bie Einwirkung bes Staates in Berbindung mit ben wirtschaftlichen Organisationen" legte und die Gozialbemofraten die Brinzipien ihres Kampjes gegen den Lohnabbau, für die Arijeninitiative und für die Arbeitsbeschaffung aufrecht erhielten. Praktisch erwies sich also die sozial-liberale Tendenz der Freisinnigen nach wie vor als bestritten. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich bann etwa im Jahrbuch ber Reuen Belvetischen Gesellschaft "Die Schweiz" (1938), wo sich verschiedene Politiker über "Intereffentampf ober Zusammenarbeit?" aussprachen, sowie in ber politischen Brazis der eidgenössischen Rate. Borderhand ift jedenfalls aus biesen Berftandigungsbestrebungen noch taum ein positives Resultat erwachsen. Unter Uchzen und Rrachzen muben fich vielmehr die Parteien um die Lösung ber großen Fragen wie Bundesfinangreform, Arbeitsbeschaffung, Bundesbahnsanierungen, Regierungsbeteiligung ber Sozialbemofraten und bergl. Es bleibt alles beim Alten.

Woher kommt dieses mißliche Auseinandersallen unserer Politik? Ich glaube zwei Grunde nennen zu tonnen. Der erfte ift die politische und wirtschaftliche Ummälzung, in der fich die Welt befindet; ber zweite aber liegt darin, daß es uns in der Schweiz halt immer noch zu wohl ist. Wir können es uns deshalb vermeintlich ohne Gefahr leisten, bei der Politik die mirtschaftlichen Gruppenintereffen über bie Gemeinintereffen zu stellen und allerlei Tänze aufzuführen oder uns in Geplankel einzulassen. Bielleicht wurde nur eine wirkliche Rot einmal den Sinn für eine Berftanbigung öffnen. Man fann sich in der Tat fragen, ob unter den heutigen Umftanden überhaupt eine Berständigung möglich sei, ober mit anderen Borten, ob sich die großen Barteien jo zusammenfinden können, daß fie eine große Regierungspartei erseben. Bohl gibt es ber Unnaherungszeichen viele, besonbers bei ben icon ftart ,,umgemobelten" Sozialdemokraten, aber zur Zeit wenigstens noch bestehen zwischen ihnen und ben großen burgerlichen Parteien flaffende Gegenfage, weil die Sozialiften "eine neue Politif mit gang neuen Männern" verlangen. Man tonnte sogar mit gutem Grunde mutmaßen, daß überhaupt nie eine rechte Berständigung zu Stande tomme, fondern viel eher die neue Bilbung einer großen Regierung spartei linksbürgerlichen Charakters. Auf alle Källe bedürfte eine Berständigung anderer Maßnahmen als bloßer gemeinsamer Berhandlungen über einige Postulate. Sie bedürfte einer inneren Läuterung ber Bolitiker, eines Sich-Losmachens von der parteipolitischen Bindung und Tradition; fie bedürfte eines politischen Insich gehens und nicht zulett zweier auf dem politischen Boben seltener persönlicher Eigenschaften: der Demut und Opferbereitschaft.

"Die Zukunst gehört ber Nationalen Front!" so stand am Kopse der frontistischen Wahlzeitung auf die jüngsten Zürcher Kantonsratswahlen zu lesen. Das Resultat dieses Wahlganges aber war: Die "Nationale Front" verlor ihre sämtlichen sechs Mandate, die sie im Jahre 1935 gewonnen hatte. Ihre Fraktion wurde ausgetilgt. Es ging ihr gleich wie letzes Jahr der frontistischen Fraktion des Zürcher Großen Gemeinderates, und es braucht keinen Propheten dazu, um vorauszusehen, daß sie im Herbst auch gleich noch ihr National-

ratsmandat verlieren wird.

Bei diesem Niedergang gerade in der "Bewährungszeit" treibt es uns, den politisch-gebanklichen Status ber Front wieder einmal jestzustellen. Nach der Bahlzeitung zu schließen, ist er sehr stark, und zwar auf einige Regationen, zusammengeschmolzen. Die Frontisten weisen nach, bag sie sich als unabhängig vom Ausland erwiesen haben, sie streiten gegen das Jubentum und gegen die Boltsfront. Der Anspruch national = jch weizeri= fcher Bolitit pragt fich aus in weitgehenden Forderungen mit Bezug auf die Landesverteidigung. Allerdings sind hier noch die Leistungen im Kantonsrate hinzuzunehmen. Die Frontisten haben dort in national-sozialer Art gewirft, inbem fie für die Feier des 1. August, für die Entpolitisierung der Gerichte, für die Berücksichtigung der kleinen selbständig Erwerbenden, gegen das Doppelverbienertum, für die Sentung ber Miet- und Spothetarzinse, sowie für eine bessere Bürdigung des Bürgerrechtes eintraten. Gewiß lag viel ernstes Bemühen in ihrem Tun, aber aufs Bange gesehen blieb es doch - und zwar auch in den Anregungen felber - bei Rebenfachlichkeiten, bei ber Bekampfung peripherer Migftanbe. Neuestens hat nun die "Nationale Front" ihre Gedankengänge wieder einmal im Zusammenhang burch ihre "26 Puntte" und durch das "Manifest der Tagfatung ber Nationalen Front vom 22. Januar 1939" bargelegt. Es handelt sich da bei den "26 Punkten" um die geistige Grundlage und beim "Manifest" um ein jog. Sofortprogramm. Als thpische Forberung en lassen sich herauslesen: die Bildung eines autoritären, volksgewählten Bundesrates mit beratenden politischen und Wirtschaftsorganen, die Auffassung der Wirtschaft als eines Landesdienstes, die Aufrechterhaltung einer absoluten Neutralität, die Sorge für Arbeitereristenzen, die Ertüchtigung der Volksgenossen. So fort begehrt werden: Militärische und wirtschaftliche Kriegsbereitschaft, Zusteilung vermehrter Kompetenzen an die aussührenden Gewalten, Einsah der wirtsschaftlichen Kräfte für die Bedürsnisse des Landes, "Verbreitung des Gedankengutes des "Eidgenössischen Sozialismus" als der schweizerischen Form der führenden Fdee unserer Zeit." Man ersieht daraus das starke Hervortreten des Gebankens der nationalen Gemeins der nationalen Staas tes, auf den ale Postulate zugerichtet sind.

Gerade diese Programmpuntte scheinen aber bei den Gidgenossen nicht zu verfangen. Un ser Bolt legt auf den Nationalstaat nicht denselben großen Wert wie die Frontisten. Es nimmt ben Staat gern als Schüter und Spender, aber nicht als bas ganze Leben beherrschende Aberperjon, in beren Bereich ber Gingelne nicht mehr gur Geltung fommt. Unter "Bolt" versteht es eine horizontalgeordnete Gemeinschaft von Gleichen, nicht die ins Staatliche geformte und erhobene Gemeinschaft. Lieber will unfer Bolt mitreben bei ber Regierung, als bag es auf einen ichneibigen Berwaltungsapparat erpicht ware. Inftinktiv fühlt es auch die Gefährdung feiner geiftigen, insbesondere religiösen Güter sowie ber föderalistischen Gestaltung bei ber "Nationalen Front" heraus und neigt sich deshalb von ihr ab. Dazu tommt, daß der Front die ganze Abneigung gegen den Nationalsozialismus und Fa-Schismus zu teil wird, und zwar in um fo ftarterem Dage, je mehr bas Berhalten des Nationalsozialismus zu Befürchtungen Anlaß gibt. Bei der Front ist ja die nationalsozialistische Denkweise nur schlecht verhüllt; der "Eidgenössische Sozialismus" läßt sich leicht — bas wäre auch folgerichtig — als "Rationaler Sozialismus" nicht nur umtaufen, sondern auch ausgestalten. Wie leicht aber könnte auch nur eine politische "Brüderschaft" nach Außen unversehens zu einer politischen Bindung führen! Die Frontisten sind zwar vorsichtiger geworden. Bas in einer früheren Schrift zu lesen steht: "Die Schweiz kann ein Wiedererstarken Deutschlands nur begrußen" wird nirgends mehr wiederholt, aber die geistige Art ist doch die selbe geblieben. Ja sie hat sich noch mehr ausgeprägt. Das zeigt sich besonders in benjenigen Programmpuntten, die aufgegeben wurden. Ginftmals, noch im Jahre 1933, wurde von der Front verlangt eine "Totalrevision der Bundesverfassung im Sinne bes berufsständischen Aufbaues". Der ständische Gebante ift aber bann im Sinne bes Nationalsozialismus völlig aufgegeben worben. Dafür hat sich der früher ausdrücklich verabscheute "Staatssozialismus" an seine Stelle gesett, ebenfalls in übereinstimmung mit bem beutschen Regime. Auch hören wir z. B. nichts mehr von der "Familie als Reimzelle des Staates" ufw., was aus bem gleichen Grunde erklärlich ift.

Wer die Art und Freiheitsliebe unseres Bolkes kennt, wird im Gegensatz zu der Wahlpropaganda der Frontisten seststellen mussen: "Nein! Die Zukunst gehört gewiß nicht der Nationalen Front!"

Bülach, am 29. März 1939.

Walter Sildebrandt.

## Die Märzereignisse und ihre Folgen.

Es ist in diesen Heften unmittelbar nach Abschluß des "Münchner Frieben 3" vom 30. September 1938 und auch in der Folge stets der Standpunkt vertreten worden, daß auf der in München geschaffenen Grundlage, vor allem aber auch infolge der ultimativen Umstände, unter denen in zwölfter Stunde die Besprechungen von München zustande gesommen waren, die Herstellung eines wirtslichen Friedens als ausgeschlossen bezeichnet werden müsse. So war München nichts anderes als ein Waffen still stand. Dieser Wassenstillstand ist nun — virstuell — zu Ende gegangen.

Es war bem Beobachter bereits furz nach bem Ablauf ber Septemberfrise flar geworben, daß die wirklichen Absichten ber beutschen Reichsführung über bas in München Erreichte erheblich hinausgingen. Für diese Bermutung hatten ja icon die ultimative Fassung ber Ansprüche von Gobesberg und ber Inhalt ber Sportpalaftrebe vom 26. September bie Unterlagen geliefert, indem Sitler bamals wiederholt und unter außerst furger zeitlicher Befriftung bie Geltendmachung von Ansprüchen vertrat, die ihm burch ben Schulbner bereits zugesichert und beren punktliche Erfüllung burch England und Frankreich ausdrücklich garantiert war. Man hatte bereits bamals ben bestimmten Eindruck, daß die Absicht Hitlers auf sofortige militärische Besetzung ber gesamten bohmischen und mährischen Gebiete abzielte, wobei freilich die weitere Ausdehnung nach Often noch völlig offen stand. Unscheinend ist hitler zu biefer Absicht geführt worden auf Grund ber durch Ribbentrop konstant vertretenen Ansicht, daß England felbst im Falle militärischer Magnahmen gegen die Tschechoslowakei zu beren Schutze militärisch nicht eingreifen werbe. Es wird bekanntlich vermutet, daß bieje Meinung damals von ben übrigen Beratern Sitlers nicht geteilt worden sei, anscheinend auch nicht von verschiedenen Stellen in ber boberen guhrung ber Armee, die im Falle einer gewaltsamen Aktion gegen die Tschechoslowakei eine europäische Verwicklung kommen faben und ber Anficht maren, daß bie beutsche Armee einer folden Gefahr nicht ausgesett werden könne. Die entsprechenden Demissionen sind benn auch unmittelbar nach Abschluß der akuten Krise ersolgt. Nach dem, was man seitdem vernommen hat, ware voraussichtlich eher die lettere Bermutung eingetroffen: Gin militärischer Angriff hitlers auf die Tschechoflowakei hatte im Oktober aller Boraussicht nach ben europäischen Rrieg mit sich gebracht.

Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge und eine merkwürdige Unterschätzung der aus Generationen diplomatischer Schulung hervorgegangenen englischen poslitischen Traditionen führten in der Folge dazu, daß die Rolle Chambers in der solge dazu, daß die Rolle Chambers in der sain son Vielen falsch ausgelegt wurde. Sewiß gab Chambersain den scheins dar — aber nur scheindar — wichtigsten Forderungen Hitlers nach. Ausschlaggebend aber war dabei, daß es ihm gelang, durch Behaftung der deutschen Reichssührung bei ihren eigenen ausgesprochenen Forderungen die Durchsetzung der weitergehenden Ziele ohne Einsat von Wassengewalt zu verhindern.

Db Chamberlain und Daladier ichon damals die wirklichen Absichten Sitlers vermuteten, bleibe babingestellt. Unbestreitbar befolgten fie in ben Monaten nach München gegenüber Deutschland eine Politit ausgesprochener Burudhaltung, inbem fie, bei aller begreiflichen Rapidität ber Ruftungsfteigerung, in ihren Worten wie in ihren Geften den legitimen Unsprüchen bes deutschen Reiches wenigstens zum Teil nicht entgegentraten. Dag bas Problem bes beutschen Leben graumes durch die Einverleibung Ofterreichs und ber Sudeten, felbft in Berbindung mit einer starken Ginflugnahme auf bas Gefüge ber tichechischen Birtschaft nicht gelöft war und nicht gelöft werden tonnte, ist verständlich. Es ift auch nicht unwahrscheinlich, daß damals sowohl England wie Frankreich bem Deutichen Reiche gegen die gleichzeitige Busicherung ber Abrustung in ben kolonialen Ansprüchen entgegengekommen wären. Daß die beiden Westmächte aber die deutschen Rolonien oder auch nur Teile davon ohne bie Gegenleiftung einer folden Bereitschaft aus ben Sanden geben wurden, war fehr unwahrscheinlich. Bei ber schon aus ben grundlegenden Ausführungen in "Mein Rampf" unschwer festzustellenden Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, einmal gewonnene Macht ohne jebe Rudficht auszuüben, mußte diese Zurudhaltung der Westmächte begreiflich erscheinen. Dagegen nahm das Gewicht insbesondere der englischen Stimmen, die zur teilweisen Rückgabe der Rostonien gegen die entsprechenden Konzessionen aufforderten, erheblich zu.

Indessen exhielt die relativ günstige Stimmung durch die italienische Rundgebung vom 30. November 1938 einen brusten Schlag, ber jebe weitere Diskuffion abbrach. Seit diesem Tage aber lag bas Bleigewicht ber unbekannten italienischen Aspirationen über ber europäischen Belt. Je mehr Mussolini es bewußt verschmähte, biese Aspirationen näher zu bezeichnen und zu beren Unmelbung ben unter fouveranen Staaten üblichen Berfehr zu benugen, umfo aussichtslofer ericbien es, bie Befriedungsbeftrebungen nach Art Chamberlains fortzuseten. Anderseits jedoch besserte sich die Lage im Sinne einer Wiederherstellung bes Gleichgewichts in Europa zusehends. Das redressement Frankreichs, bas tatfächlich mit dem völligen Berfagen des Generalstreiks vom 30. November 1938 erst begann, im Berein mit ber aufs äußerste intensivierten britisch = französischen Aufrüstung, endlich die zunehmende Annäherung ber Bereinigten Staaten an ben Bestblock ließen einen gewissen machtpolitischen Ausgleich in absehbarer Zeit als durchaus erreichbar erscheinen. Auf dieser Grundlage begann sich in den ersten zwei Wochen des vergangenen März ein gemäßigter Optimismus zu verbreiten, ber auch von englischen amtlichen Stellen geforbert murbe.

\* \*

Auf dieses scheinbar einem Ausgleich förderliche Terrain stürzten die brüsten beutschen Aktionen im Raume der ehemaligen Tschechoslowakei. Damit war die Politik von München erledigt. Erledigt waren ferner die englisch-beutsche Erklärung vom 30. September 1938 und die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, der übrigens in gewissen Kreisen von Anfang an in durchaus tendenziöser Weise eine weit über den Rahmen der realen Möglichkeiten hinausgehende Bedeutung beigemessen worden war.

Es ist heute noch kaum möglich, die Motive abzudecken, die Hitler im jetzigen Augenblick zur Annexion von Böhmen und Mähren und zur Errichtung eines slowakischen Basallenstaates veranlaßten. Es gibt ruhig urteilende Leute, die den rapid zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Berantwortung für die Ereignisse zuschieden. Andere wieder verweisen auf die bereits wiederholt angedeutete Richtung der deutschen Politik, die sich solgerichtig fast automatisch auf die Errichtung einer vorläusig europäischen Hegemonie hin bewege.

Gewiß hat Hitler für den Augenblick in machtpolitischer Beziehung einen sehr großen Erfolg errungen. Mit dem Besit Böhmens und Mährens ist der Schlüssel Südosteuropas in seiner Hand. Eine völlig intakte Ausrüstung erster Rlasse, die einer Armee von 40 Divisionen zum Kampf hätte dienen sollen und können, ist in deutschen Besit übergegangen. Eine der besten Wassensabriken der Welt steht seit dem 15. März zur deutschen Berfügung. Bedeutend sind auch die landwirtschaftlichen Acquisitionen, die Deutschland durch die Besehung der Gebiete für sich erreicht hat.

Allein, alle diese Borzüge, die zudem teilweise — angesichts der ausgetrockneten deutschen Birtschaft, hauptsächlich der Ernährungswirtschaft — für längere Zeit ungenügend sind, anderseits durch Abnuhung des übergegangenen Materials wieder verschwinden werden, vermögen die ungeheure Berschiebung auf dem diplomatischen vermögen die ungeheure Berschiebung auszugleichen, die sich in der Folge der brüsken Aktion zu Ungunsten Deutschlands eingestellt hat. Die Grundlage aber für diese Verschiebung, aus der Chamberlain sofort in denkbar rücksichen Weise die Folgerungen gezogen hat, besteht in der Herbeisschung einer Situation durch Hitler, die normale Beziehungen, geschweige denn

Berhandlungen, zwischen den einstigen Partnern von München auscheinend für die Butunft völlig illusorisch gestaltet.

Wer in diesen entscheidungsvollen Tagen sich die Mühe nahm, nochmals die beiden Reden Hitlers vom 26. September 1938 und vom 30. Januar 1939 im Wortlaut durchzulesen, der mußte sich einer besonderen Empfindung ausgesetzt sehen. Denn es ergibt sich zur Evidenz, daß die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die gewaltsame Besetzung Böhmens und Mährens mit verschiedenen grundsätlichen Erklärungen Hitlers in diesen beiden Reden einsach nicht zu vereinbaren ist. Berstärkt wird die Bedeutung dieser völlig unlösbaren Widersprüche noch durch die Tatsache, daß die deutsche Reichssührung es nicht einsmal sür nötig erachtet hat, den Westmächten als Mitunterzeichnern der Bereinbarung von München die geringsten diplomatischen Ausklärungen zu geben. Denn die Fiktion, der tschechoslowakische Präsident habe die Souveränität seines Staates freiwillig aufgegeben, wird doch wohl nirgends in der Welt, am allerwenigsten in Deutschland selbst, für eine reale Tatsache genommen werden.

\* \*

Die Folgen ber deutschen Attion haben sich als äußerst schwerwiegend herausgestellt. Bas insbesondere die Konsequenzen betrifft, die Chamberlain aus der neuen Lage gezogen hat, so hat sie unser Londoner Mitarbeiter
in seinem anschließend publizierten "Londoner Bries" mit Klarheit dargelegt. Man
kann sagen, daß ein politischer und diplomatischer Bergsturz
ersolgt sei. Bar schon das einseitige provisorische Hilsversprechen an Polen, das
am 31. März ausgesprochen wurde, sensationell, so zeigen die Erklärungen
Chamberlains vom 3. April 1939, daß die Neueinstellung der
britischen Kontinentalpolitik im eigentlichen Sinne des Bortes als
grundsählich zu bezeichnen ist:

"Die heutige Abkehr von unseren traditionellen Ideen stellt in der britischen Politik einen Faktor von solcher Tragweite dar, daß sie, wenn die Geschichte dieser Tage einmal geschrieben wird, zweisellos ein Kapitel für sich beanspruchen darf . . ."

"Die deutsche Regierung hatte uns versichert, daß sie nicht den Wunsch habe, andere Rassen zu beherrschen, und daß sie auch keine territorialen Er-weiterungen mehr wolle. Diese Versprechungen sind in den Wind geworfen und diese neue Tatsache hat uns dahin gebracht, wo wir jest stehen . .."

"Kein Mensch bedauert mehr als ich, daß wir gezwungen sind, solche Worte zu gebrauchen, wie wir es heute tun. Ich bin auch ebenso wenig wie im September ein Mann des Krieges. Ich habe nicht den Wunsch, das deutsche Volk anders zu behandeln, als ich mein eigenes Volk behandelt sehen möchte; aber es bleibt uns nichts anderes übrig, als mit gewissen Eventualitäten zu rechnen und zu sagen, was wir tun würden, wenn sie einträten . . ."

Die in der Rede Hitlers vom 1. April niedergelegte de ut sche E attion auf das aktive Eingreisen Größbritanniens in Osteuropa muß als scharf bezeichnet werden. Die Lage spannt sich rapid, weil anderseits sestzustehen scheint, daß Chamberlain sich durch die deutschen Warnungen und Drohungen in dem Ausbau einer eigentlichen De fen siv - Allianz auf dem europäischen Kontinent nicht beeinflussen lassen will. Die Lage wird weiter verschärft durch die offensichtlich neue Einstellung zu Sowjetrußland, deren Auswirtungen noch viel bedeutender wären, würde nicht durch die besonderen Beziehungen Polens und Kumäniens zum heutigen Rußland in diesem Punkt den Westmächten Zurückhaltung nahegelegt. Soweit eine zusammensassen Beurteilung heute möglich ist, steht sest, daß Großbritannien und Frankreich entschlossen statusk quo anders als im Wege friedlicher Verhandlungen nicht mehr verändern zu lassen.

Untlar bleibt die Stellung Italiens. Durch die Rede Dalas diers hat Frankreich die Grenzen abgesteckt, bis zu welchen es sich heute auf die "italienischen Aspirationen" einzulassen geneigt ist. Wir sagen heute. Denn so sehr sich aus der Rede Daladiers ergeben hat, daß Frankreich zu Verhandlungen auf der Grundlage des Vertrages vom Januar 1935 bereit ist, so sehr ist weiter anzunehmen, daß sowohl Frankreich wie Großbritannien bereit und in der Lage wären, weitergehende Konzessionen an die italienischen Forderungen zu machen, wenn dadurch Italien von der Achse gelöst werden könnte.

Ist eine solche Wendung zu erwarten? Zweifellos ist die Stellung Italiens durch den deutschen Borstoß in der Richtung auf Südosteuropa nicht gestärkt worden. Bon einer Stärkung könnte nur dann, aber auch dann nur in durchaus hypothetischer Beise die Rede sein, wenn man die Fiktion eines zeitlich undes grenzten Bestandes der Achse zu Grunde legen wollte. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die it alienische Reaktion auf die Besetzung der böhmischen und mährischen Länder ist denn auch, in deutlichem Unterschied zu früheren, ähnlichen Gelegenheiten, sehr zurückhaltend ausgefallen. Denn Italien sieht sich heute der unmittelbaren Gesahr einer Berdrängung aus seinen wirtschaftlichen Positionen in Südosteuropa und auf dem Balkan ausgesetzt.

Es ist zumindest äußerst fraglich, ob Mussolini über die deutsche Aktion gegen die Tschecho-Slowakei vorher unterrichtet worden ist — noch fraglicher, ob er seine Zustimmung zu dieser Aktion gegeben hat. Beides ist nicht wahrscheinlich. Wie gedenkt Mussolini unter den neuen Verhältnissen seine "Aspirationen" weiter durchzusehen? Wie weit gehen sie heute? Sind sie gegenüber den früheren Absichten beschränkt oder erweitert?

Die zukünftige Route der Expansionspolitik der Achsenmächte aus den heutigen neuen Positionen heraus liegt völlig im Dunkel. Sicher ist nur das eine, daß diese Expansionspolitik, sollte sie mit Machtmitteln durchgesetzt werden wollen, sowohl im westlichen Raume, wie im östlichen Raume, sowohl auf dem Balkan, wie im Mittelmeer Biderstand sinden wird.

Die Folgen der deutschen März-Aktion, die ihrerseits ja selbst in eine bereits äußerst gespannte Lage hineingriff, sind sehr ern st und schwerzwiegend. Werden sich die totalitären Mächte von ihrer bisherigen Pressonstaktik abwenden, und den Weg der Verhandlungen, der aber unweigerlich mit Konzessionen gepflastert ist, beschreiten? Oder werden sie einerseits durch die unbestreitbare Notlage ihrer Finanzwirtschaft, ihrer Rohstosswirtschaft, teilweise auch ihrer Ernährungswirtschaft, anderseits durch die gefährliche überzeugung der momentanen überlegenheit ihrer militärischen Schlagkraft, das Schwert ziehen?

Die Alternative ist eindeutig und ausschließlich. Die Entscheidung dürfte in Rurze fallen.

Bürich, den 4. April 1939.

Jann v. Sprecher.

## Londoner Brief.

### Englands "halt!" / Das britische Beer.

Wo steht England? Wie stellt sich bas britische Weltreich zu der Angliederung der Tschechoslowakei an Großdeutschland? Wie stark sind die hinter England stehensden Kräfte — die innere Geschlossenheit, das Heer, die Flotte, die Lustmacht? Die Antwort auf diese Fragen, deren Lebenswichtigkeit hüben und drüben erkannt und gefühlt sind, ist schwer zu geben, muß aber mit aller nur möglichen Klarheit und Bestimmtheit gesucht werden. Die Entwicklung schreitet dabei so schnell vorwärts, daß der Leser den Tag, an dem dieser Brief geschrieben wird, beachten muß.

In seinem wöchentlichen Auffat im "Bolfischen Beobachter" vom 18. Marg

fcrieb Dr. Goebbels, es fei nur ein Zeichen machfenben Berftandniffes auffeiten ber meftlichen Demotratien, daß feine Stimme von Bebeutung gu hören ift, welche bie Absicht eines Ginfpruches gegen bas beutiche Borgeben andeutet. Deutschlands juristische Lage sei zu klar, als bag fie bestritten werden könne. - Als biese Worte erschienen, hatte der britische Erstminister bereits seine auch nach Amerika übertragene Rebe in Birmingham gehalten, in ber er Englands fo gang andersartige Haltung barftellte: "Eins ift ficher", fo erklärte Reville Chamberlain, "bie öffentliche Meinung in der Welt hat einen tiefergehenden Schlag erhalten, als er ihr je, felbst von dem augenblicklichen Regime in Deutschland, versett worden ift". Diefe Worte faffen in der Tat die ernfte Rudwirtung des deutschen Borgebens in knappster Form zusammen. Neville Chamberlain hat sie nicht leichthin gesprochen, sondern er hat einen drei Tage mahrenden Rampf mit such selbst geführt, bis er zu dieser Erkenntnis, und den sich daraus ergebenden Folgerungen, gelangte. Erinnern wir uns an seine brei Besuche in Deutschland, durch die - vor erft feche Monaten — ein europäischer Rrieg vermieben worben ist: als er zurucktam, als er den Bier-Mächte-Bertrag von München und die zweiseitige deutsch-englische Berzichtserklärung auf die Anwendung von Gewalt zuruckbrachte, sah er sich einer bis tief in die Reihen ber eigenen Partei reichenden Opposition gegenüber: diese Opposition hielt Munchen für die Unterwerfung unter eine Drohung ber Gewalt; fie fah nur die tichechische Seite und nicht, bag es eine gerechte Forberung von Deutichen gab, die ben Unichlug an Deutschland munichten. Diese Gegnericaft bat Neville Chamberlain in Rauf genommen. "München" führte zu einer breiten und tiefen Rluft im englischen Bolt. Diese Rluft ift heute, über Nacht, geschloffen, überwunden, fie gehört der Beschichte an.

Als die ersten Nachrichten vom deutschen Ginmarsch in die Tschechoslowakei kamen und im Unterhaus überstürzt eine Aussprache darüber abgehalten wurde, beschränkte sich Neville Chamberlain auf eine kurze Erklärung, die von "Enttäuschung und Ruckschlägen" iprach. Nur wer ihn hörte, erkannte, wie tief getroffen bieser Mann war. Die in Berlin überreichte englische Note war — wie in London bekannt wurde — im Ton wesentlich beutlicher, als die knappe Unterhauserklärung: wie begründe die deutsche Reichsregierung, fo frug London, die Angliederung von 7 Millionen Tichechen an Deutschland? Die dem beutschen Botschafter Dr. von Dirtsen gegenüber benutte Sprache mar um einen weiteren Grad schärfer — und in diesem Tatbestand ber festen Saltung bes Außenministers zu einer Beit, als Chamberlain noch zu feiner Enticheidung über bie fünftige Politif Grogbritanniens gekommen war, muß der Grund für eine Reihe falscher Gerüchte gesucht werden. Dieje Gerüchte sprachen von Lord Halifag als Nachfolger Chamberlains, falls eine Regierungsneubilbung nötig mare; fie fprachen, in Deutschland, von einer gegen bas Reich gerichteten Rantepolitit bes biplomatischen Beraters, Gir Robert Bansittart. Dem allem liegt nur die Tatsache zugrunde, daß vom britischen Außenministerium mahrend ber gangen Rrife eine besonders flare Linie gehalten worben ift; bag weiterhin die erstaunlich hoffnungefreudigen Rundgebungen über eine völlige Entspannung der europäischen Lage, wie fie auf Beranlassung ber Regierung eine Woche vor der Rrise in der gesamten Londoner Presse abgedruckt wurden, nicht auf bas britische Auswärtige Amt zurückgingen. Richts ist schließlich natürlicher, als daß Lord Halifar die Bedeutung des deutschen Ginmarsches in die Tschechei sowie der militärischen "Schutgewährung" für die Slowaken und des ungarischen Einmarsches in Ruthenien (Karpatho-likraine) eber in ihrem ganzen Ausmaß überfah als ber Erstminister, ber erst an zweiter Stelle mit ber Augenpolitit verbunden ist und nur bei grundsätlichen Entscheidungen selbst eingreifen wird.

Hier, so zeigte sich jedoch schnell, ging es um Grundsähliches. Und Chamberlain war es, der die zukünftige Politik festlegte, wie es sein Amt als verantwortlicher Regierungsleiter bedingt: am Freitag, dem 17. März, gab er für die britische Welt — und, wie sich gezeigt hat, nicht nur für die britische — die Ant-

wort auf bas beutsche Borgeben. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag hatte er bie eintreffenben Nachrichten geprüft; bas Ergebnis, zu bem er fich burchrang, war bie ichwere Ertenntnis, bag bie Münchener Politit ihr Ende gefunden hat. Gine ichwere Erkenntnis nicht wegen ihrer menschlichen Seite nur. Denn mag Chamberlain auch der "Mann von München" fein, ber den Frieden Europas im September 1938 rettete - was für eine Rolle spielt icon die Tatsache, daß seine personliche Politif ihr Ende fand, im Bergleich zu der alles überschattenden, unübersehbaren neuen Birklichkeit: bag Englands Bemuhungen um eine Aussohnung mit Deutschland ihr Ende fand; daß biefes Streben nach einem Zusammenleben der Staaten Europas auf dem Boben gegenseitiger Achtung scheiterte; daß diese Soffnung, bestehende Bustande mittels friedlicher Aussprache jeweils den Erforderniffen des Lebens anpaffen zu konnen, ber Bergangenheit angehort! Dies war und bies ift bie Schluffolgerung, die Neville Chamberlain aus bem beutschen Borgeben gezogen hat. "Die Politit von Munchen ichien auf feinen Lippen erftorben zu fein", urteilte bie New-Pork Herald Tribune. "Der "Geist von München' ist tot und begraben", schrieb ichon am 16. März der Dailh Telegraph in einem für ein konservatives Blatt erstaunlichen Angriff auf die scheinbar — und unmittelbar barauf Lügen geftrafte - "Beiterverfolgung" ber Münchener Politik burch Chamberlain.

Weshalb ift nach Chamberlains Worten ber Einmarsch in die Tschechoslowakei ber "ftartste Schlag, ben selbst bas augenblidliche Regime in Deutschland ber Belt versett hat"? Chamberlain selbst hielt dies für so selbstverständlich, daß er keine weiteren Borte barüber verlor. Für Berlin jedoch fam dies als völlige Aberraschung, wie die oben angeführten Borte bes beutichen Minifters für Bolfsaufflärung und bie deutsche Presse der letten Wochen zeigen. Saben die "westlichen Demofratien", jo etwa dürfte ber beutsche Gebankengang gewesen sein, nichts für eine hochgeruftete Tichechostowakei getan, haben fie keinen Krieg für die Erhaltung der wohlbefestigten Grenzen jenes Staates geführt — und das ichließlich bedeutete ber Bertrag von München in Bezug auf die Tichechoflowakei - jo werden die Demofratien noch viel weniger ein Wort für ein Land einlegen, das feines Festungsgurtels und seiner Berteidigungsmittel beraubt ift, beffen Prajibent außer Landes geben mußte; turg: tein Sahn wird banach fraben, wenn Deutschland sich ein in ber Richtung feines natürlichen Sanbels gelegenes Land angliebert. Diefe "Logik ber Tatjachen" hat fich als falich erwiesen. Wie vor dem Beltfrieg die graue Emineng holftein die Außenpolitit "berechnete" (etwa meinte, daß der Balfisch-England und der Bar-Rugland nie zusammen tommen tonnten!), so ift auch biefes Mal die Rechnung nicht aufgegangen: die Belt erhielt ben stärksten Schlag. Bei ber Rheinlandbejetung, bei der Angliederung Ofterreichs, beim Anschluß von Subetendeutschen - immer hatte Deutschland, jo fand ein großer Teil ber britischen Offentlichkeit und die Regierung, gute Gründe für sich: dieses Mal finden sie jedoch feine Gründe, mit benen Deutschland sich rechtfertigen fonnte. Die Anglieberung von sieben Millionen Tschechen und von drei Millionen Slowaken an das Deutsche Reich widerspricht dem Grundsat, ben das britische Bolf als heilig empfindet, ber sich auf ein sittliches Geset grundet, und für das England bei allem Abscheu bor dem Krieg, wenn nötig, Krieg führen wird. "Es gibt kaum etwas, was ich nicht für den Frieden opfern würde. Aber cs gibt ein Ding, das ich ausnehmen muß, und das ift die & reiheit, die wir feit hunderten von Sahren genoffen haben und die wir nie aufgeben werden." So erklärte Chamberlain. Und er frug: "Ist dies beutsche Borgeben ber lette Angriff auf einen tleinen Staat ober follen ihm andere folgen? Ja ift bies ein Schritt in Richtung eines Berfuchs, die Welt burch Bewalt zu beherrichen ?"

Diese Frage hat die Linke in Großbritannien von je bejaht; sie hat in Hitler nicht den Bollstrecker eines alldeutschen Ziels, sondern den Bertreter des Gedankens gesehen, daß allein Macht und nicht Recht herrschen solle. Seit München vertraten auch Konservative wie Eben, Churchill, Duff Cooper and Amery diese Auf-

faffung. Chamberlain jeboch und bie große Mehrheit feiner Bartei jesten Bertrauen in hitler: fie munschten eine Zusammenarbeit. Chamberlain hat dabei wiederholt erklärt, zulest noch am 23. März 1939, ber Baltan fei groß genug für englische und beutsche Interessen und Deutschland könne bort wirtschaftlich seine natürliche Ergänzung finden. — Es ist nach englischer Auffassung selbstverständlich, daß diese wirtschaftliche Betätigung und Ausbehnung Deutschlands auf bem Baltan bas fremde Bolfstum bort und ben souveranen Staat in feiner Selbständigfeit nicht berühren, geschweige benn vernichten burfte. Die Saltung Deutschlands jedoch ift grundfäglich anders geartet, wie die letten Bochen zeigten: "Es hat viele Deutsche gegeben", jo fagt ber Bertreter bes ,Bolfischen Beobachters', gewiß ein Kronzeuge für die deutsche Auffassung, "die ehrlich glaubten, mit München wäre das Eis gebrochen und England hätte endlich erkannt, daß ein Bolk von 80 Millionen Menichen eines Lebensraumes bedarf, der größer fein muß, als die deutschen Bolistumsgrenzen reichen ... Die Belt ift von England bewußt getäuscht worden." In Wirklichkeit hat fein einziger englischer Staatsmann je baran gebacht, Deutschland Räume gur Unglieberung gugufprechen, bie größer als bie beutichen Boltstumsgebiete find — wie fonnte er auch? Jebe Ausdehnung in Europa über die eigenen Bolkstumsgrenzen hinaus tann sich boch nur auf Rosten fremden Bolkstums, tann fich nur burch die Bernichtung ber Freiheit anderer Boller vollziehen. Diese Freiheit aber ist die unabänderliche Grundlage, zu der Großbritannien steht - für sie würde England, wie Chamberlain als Sprecher seines Bolkes sagte, selbst den Frieden opfern: ein Friede ohne Freiheit bes eigenen Staates ware kein Friede, sondern unerträgliche Anechtung. Chamberlain hat sehen müssen, wie die in München annähernd nach ben Boltstumsgrenzen von ihm felbst und von Sitler, Muffolini und Daladier garantierte Tichechoflowakei von Deutschland besetzt und bem Reich angegliedert worden ift. In der Ablehnung dieses Borgangs ist er sich mit ben früheren Gegnern Munchens einig: biefer Schlag, biefer Unspruch auf Länder über die Grenzen bes eigenen Boltstums hinaus, hat in England zu einer nie zuvor erreichten Einheit geführt. Es gibt im Chor ber Ablehnung feine einzige abweichende Stimme, es gibt in ber Außenpolitit Englands feine "Regierung" und feine "Opposition" mehr. "Bätte Sitler die Absicht, dreiundeinehalbe Million Tichechen zu annektieren, so hätte Europa Recht, sich aufzuregen und zu handeln", jo ichrieb, wie die englische Presse jest wieder anführt, niemand anders als Mussolini letten herbst in seinem offenen Brief an Runciman. England ist tief erregt; wie aber will es in Zukunft handeln?

Um 18. Marg, bem 70. Geburtstag Neville Chamberlains, einem Samstag, trat das Rabinett aus Beranlaffung von Lord Halifax zu einer außergewöhnlichen Situng zusammen: in London eingegangene Meldungen hatten von der Möglichkeit gesprochen, daß die deutschen Truppen über die Slowakei hinaus in rumanisches Bebiet vordringen wurden. Dies bestätigte sich nicht. Jedoch wurde Salifag beauftragt, die Meinung der Regierungen Frankreichs, Ruflands, Bolens, Rumaniens, Bulgariens, Jugoflawiens, Briechenlands und der Türkei einzuholen und zu verfuchen, eine geeinte Front gegen einen Angriff zu ichaffen. In feiner umfassenben Rede vom 20. März im Oberhaus erklärte Halifar dementsprechend: "Seiner Majestät Regierung hat nicht verfehlt, aus biefen Ereigniffen die Lehre gu gieben, und fie hat feine Zeit verloren, in enge und praftische Beratung nicht nur mit ben Dominien, sondern auch mit anderen Regierungen zu treten . . " Borber hatte er erklärt, der Südosten Europas sei "ein natürliches Ausdehnungsfeld des deutichen Sandels"; dem Grundfat der von Sitler fo oft angerufenen Gelbitbeftimmung ber Bölfer sei jedoch "rauh widersprochen worden"; es habe sich um einen Rrieg ohne Kriegserklärung gehandelt -: "Jedes Land, das Deutschlands Nachbar ift, fieht unficher bem Morgen entgegen, und jedes Land, bas feine vollische Unverfehrtheit und seine Souveranität wert halt, fteht vor einer inneren Befahr, bie von außen geschaffen wirb . . ."

So sind die Fronten klar gezeichnet. Großbritannien hat die Anerkenn**ung** der deutschen Besetzung der Tschechossowakei abgelehnt und seinen Botschafter abberufen. Es hat die Berhandlungen mit den befreundeten Mächten aufgenommen und ift fich grundfählich mit Frankreich, Rugland und ber Turkei einig. Die Befprechungen mit Bolen, Rumanien und ben Balkanstaaten sind im Gange. Bor allem ber Bejuch des polnischen Außenministers Bed, der am 3. April in London eintrifft, wird von großer Bedeutung fein. Der Staatsbefuch bes frangofischen Brafibenten Lebrun, der von dem Augenminister Bonnet begleitet mar, gab Gelegenheit zu einer neuen, wirfungsvollen Bertiefung bes englisch-frangofischen Ginverftandniffes. Beibe Staaten find zu gegenseitiger militarischer hilfeleiftung verpflichtet. Bo steht also England? Mit einer in der englischen Geschichte selten möglich gewefenen Rlarheit fonnten wir in den Worten feiner verantwortlichen Staatsmänner bie Antwort finden. Das von Salifag fürglich benutte Bort: "Salt!" fennzeichnet bie Stellung treffend. Bas biefes "Salt!" für England, mas für feine Freunde und seine Begner, mas es für uns alle bedeuten wird, wissen wir heute noch nicht. Dag aber unfer aller Bukunft bamit verbunden ift: Deine Bukunft, Englander, Deutscher, Franzose, Italiener, Schweizer, Deine, Europäer, fühlen wir zutiefst.

\* \*

Ist die Angliederung der Tichechoslowakei, wie Chamberlain sagte, der härteste Schlag, ben die öffentliche Meinung vom nationalsozialistischen Deutschland erhalten hat, bann tommt bem Bertzeug ber burch biefen Schlag neugeschmiebeten inneren Einheit Englands, der britischen Ruftung, besondere Beachtung zu. Die in den vergangenen Bochen vorgelegten Plane ber brei Baffengattungen erhalten fo neue Bedeutung. Bum erften Dal übertreffen die Boranichlage für die Luftflotte die Summen, die für die beiden andern Gattungen angesett find - ein Zeichen dafür, daß die Bedeutung der Luftwaffe jest voll in Rechnung gestellt ist und daß die Auffüllung ber englischen Luftwaffe burch amerikanische und kanadische Flugzeuge nicht die Regel, sondern den Ausnahme= (und auch den Ernst-)fall darstellen soll. - Die eigentlich "britische" Baffe, die Flotte, ist in der Offentlichkeit etwas stiefmutterlich behandelt worden. Der Grund hiefür ift einleuchtend: um die Zuverlässigteit der überlegenen Flotte macht sich niemand Sorgen. Rennzeichnenderweise konnten drei ehemalige Flottenminister in der Aussprache über diese Boranschläge nichts anders als ihre Zustimmung zum Ausbruck bringen. Waren am 1. Januar 1935 nur 139 000 Tonnen im Bau, so ist die Zahl für März 1939 auf 660 000 Tonnen gestiegen; die Zahl der Mannschaften wuchs im gleichen Abschnitt in jedem Jahr um über 100 000 Mann.

Als Chamberlain Ende Februar die gewaltigen Boranschläge einbrachte, erklärte er: "Die in einem einzigen Jahr für die verschiedenen Zweige unserer Berteibigung aufgewandte Summe von 580 Millionen Pfund macht beinahe unsere gesamte Staatsschuld bei Ausbruch bes Beltfrieges aus". Ginschlieglich ber neuen Ermächtigung zu Anleihen stehen bem britischen Schapkanzler, Sir John Simon, in biefem Jahr nicht weniger als 823 Millionen Pfund gur Berfügung, ohne bag er irgendwelche Steuer-Erhöhungen vorzunehmen braucht — bas find gewaltige Summen, es find Gelber, die nach ber lange genährten hoffnung bes früheren Schatfanglers und Gesundheitsminifters Reville Chamberlain auf die fozialen Dienste verwendet werden sollten. Die Beltlage zwingt die britische Regierung zu ber "ungeheuerlichen Berrucktheit", wie sie von einem ihrer Anhänger genannt wurde, das Nationalvermögen in Ruftungen zu verschwenden. "Bur Zeit ift es unmöglich vorauszusagen, mann die Lage es erlauben wirb, die Baffenherstellung zu verlangsamen", so schrieb die Regierung in dem im Februar veröffentlichten Beigbuch; "es foll hinzugefügt werben, daß Vorkehrungen getroffen find, um sicherzustellen, daß bas Programm wirfungsvoll berichtigt werden fann, wenn sich die internationale Lage bessert . . . " Das sind Worte aus einer besseren Welt -

sie stammen aus der Zeit, in der die britische Regierung auf der Hoffnung von München weiterbaute. Heute muß die Regierung hinzufügen, daß sie Vorkehrungen zu einer weiteren Beschleunigung des Programms getroffen hat . . .

Eine bemerkenswerte Darftellung voller neuer Erkenntniffe murbe von bem britischen Ariegsminister Hore-Belischa gegeben, als er bie Beeresboranschläge einbrachte. Bor breißig Jahren fah England bie lette große Beeresneuordnung. Sie wurde von Salbane ausgearbeitet und burchgeführt; Salbane ging bavon aus, bag die Berteidigung Englands Aufgabe der Flotte fei - eine ftarte Flotte werbe jede Landung unmöglich machen. Deshalb ichleifte er die Ruftenbefestigungen. "Beute jedoch", erklärte Kriegsminister Hore-Belisha, "sind wir ba, wo wir vor Habanes Beiten waren", bas beißt, die Berteibigung gegen einen Angriff muß bom Beer getragen werden. Das von halbane geschaffene Territorialheer hat bamit eine gang neue Aufgabe: biente es früher gur fpateren Auffüllung bes regularen Beeres (wenigstens mar dies Salbanes Plan, mochte Ritchener bann auch andere, verluftreichere Wege gehen), so hat es heute die selbständige Aufgabe der Heimat-Verteidigung. Lesten September murben baber, gang folgerichtig, die Territorialen eher als die Regulären eingezogen, um die Luftabwehr und den Ruftenschut zu stellen. Neu geschaffen wurde jest bas Umt bes "Director-General A. A. and Coast Defence", Die Buchstaben "A. A." find bie Abfürzungen für "Anti Aircraft", jodaß es sich also um einen einheitlichen Oberbefehl über bie Truppen für Luftabwehr und Ruftenschut handelt.

Halbane hatte burch die Schaffung des Territorialen Heeres die Regulären für den Dienst außerhalb des Landes freigemacht. Diese freie Beweglickeit der Resgulären ist beibehalten worden, mag der erste Grundsat auch die Sicherheit Englands selbst sein. Die überseeischen Stützpunkte werden — wie schon 1882 vom Carnarvon-Ausschuß gesordert — stets auf Kriegsstärke gehalten, was zugleich die Ausgaben der Flotte wesentlich verringert. Hierzu sollen in Zukunft die eingeborenen Hilfstruppen verstärkt herangezogen werden, und zwar gilt dies vor allem sür Malta, Chpern, Singapore, Malan, Indien und Hong Kong. Schließlich wird, wie bereits früher angekündigt, eine besondere, ständige "Reserve Mittel-Ost" unsterhalten werden. Diese wird völlig selbständig errichtet, sodaß sie nicht auf Rachschübe aus der Heimat angewiesen ist, sondern über eigene Reserven versügen kann. Auch dies bedeutet eine Stärkung der britischen Flotte, die damit von der Belastung ständigen Rachschubes befreit wird. Wohin diese neue Reserve Mittel-Ost gelegt wird, ist noch nicht bekannt; die zwei zur Zeit in Palästina stehenden Divisionen werden jedensalls dazu gehören.

Dieje bebeutende Beeresneuordnung, die sich würdig an die von Cardwell 1872 und von Halbane 1907 durchgeführte Neugestaltung anschließt, wird von ber "Field Force", der Feldtruppe gefrönt: es handelt sich hierbei um nichts anderes als um die als "Expeditionsheer" burch halbane bekannt gewordene englische Truppe, die 1914 entscheidende Silfe bei der Marne brachte und dann in schneller Entwicklung zum englischen Volksheer auf dem Festland anwuchs. Die Feldtruppe hore-Belischas besteht im Gegensat zu ber alten von halbane geschaffenen von vornherein aus Regulären und Territorialen - eine stärfere Bekräftigung ber Richtigkeit, ein Territorialheer zu schaffen, tann sich Salbane nie erträumt haben. Die Territorialen werden ausgerüstet und ausgebildet, um sofort auf dem Zestland eingesett werden zu können. Die gesamten, jederzeit eingriffsbereiten Truppen Englands werden bemnach aus vier Infanterie- und zwei Tankbivifionen ("Armoured" ober "Mobile" Division) bes regularen Beeres, sowie aus neun Infanterie-, brei motorisierten und einer Tankbivision bes Territorialheeres bestehen. Zuzüglich tleinerer Ginheiten erreicht damit das britische Feldheer im laufenden haushaltsjahr eine auf bem Festland ober auf jedem andern Kriegsschauplat einsatbereite Starte von 19 Divisionen — was sich im Bergleich zu ben fieben, die Salbane 1914 vorgesehen hatte, als sehr beachtliche Leistung erweist, zumal England keine Wehrpflicht im Frieden kennt. Im Augenblick ist diese Truppe noch in der Ausstellung begriffen: jedoch ist bekannt, daß dies Zug um Zug geschieht, sodaß für jeden sertig ausgebildeten und ausgerüsteten Truppenteil auch die notwendigen Transportmittel usw., die ein Eingreisen ermöglichen, bereit stehen.

Die Darstellung der Heeresneuordnung wurde im Unterhaus zunächst eisig aufgenommen, weil bamals — am 8. März — bie Meinung vorzuherrichen schien, daß die meiften Borichlage zu spät tämen: waren fie vor Jahren burchgeführt worden, so waren sie wirkungsvoll gewesen, so meinte man; jest jedoch kamen sie zu spät und würden sich nach ihrer Durchsührung als überflüssig erweisen. Auch hier haben die letten Tage zu einer gründlichen Meinungsänderung geführt, und boppeltes Gewicht erhält folgende Tatsache, die in der Bresse meines Wissens bisher noch nicht vermerkt wurde: Als Duff Cooper nach München aus ber Regierung aus. schied, erklärte er: "Ich war in diesem Punkt (ber Berpflichtung zum Gingreifen auf dem Festland, die Cooper bejaht) nicht der Ansicht des Erstministers, als ich vor zwei Jahren das Kriegsministerium und er das Schapkanzleramt verwaltete. Ich bin immer für die Aufrechterhaltung eines Heeres gewesen, das bei einem festländischen Krieg ernsthaft eingreifen tann". Diese sehr wichtige Feststellung — beutlicher zu werden, war Duff Cooper aus Gründen bes Kabinettsgeheimnisses nicht möglich — wird überraschend erhellt, und aufgehoben, durch die Tatsache, daß sich Duff Cooper sosort nach der Rede Hore Belishas über die Heeresneuordnung erhob, um zu erklären: "Wir konnen für uns felbst die Schluffolgerung ziehen, und die Schluffe, zu benen ich gelange, find völlig befriedigend." In klarer Sprache bedeutet dies: England besitt ein jum Eingreifen auf bem Festland ausreichendes heer und die Regierung Neville Chamberlains ift gewillt, es zu benuten. Auch hier hat ber manchmal irrtümlicherweise für halsstarrig und unüberzeugbar gehaltene Erstminister einen für den weiteren Berlauf der europäischen Geschichte lebenswichtigen Meinungswandel burchgemacht. Als er am 6. Februar im Unterhaus erklärte, "alle Großbritannien zur Berfügung stehenben Streitmächte werben Frankreich zur Berfügung stehen", da hatte seine Regierung auch dafür gesorgt, daß diese Worte in die Wirklichkeit umgesett werben können.

\* \*

Die Krise hat es unmöglich gemacht, auch die vielfältigen übrigen Ereignisse in diesem Brief von London wenigstens zu berühren. England hat Franco anerstannt, es hat China eine Anseihe gegeben, es hat die Lage in Palästina geklärt (das Weißbuch hierzu wird in den nächsten Tagen erscheinen) — alles dies sind Erseignisse, die einer Betrachtung bedürsen, die wir aber zurückstellen müssen.

London, den 24. März 1939.

F. W. Bick.

Rurz bevor diese Ausführungen in Druck gehen, gab Reville Chamberlain am 31. März im britischen Unterhaus eine Erklärung ab, durch die Großbritannien für den Fall eines Angriffs auf Polen diesem Staat bewaffnete Hilfe zusache; hierzu schreibt uns Dr. Bick (London):

Großbritannien hat es bisher stets abgelehnt, seine Haltung bei zukünstig etwa eintretenden Fällen von vornherein scstzulegen: vor dem Weltkrieg gab Grey den Franzosen keine Zusage bewaffneter Hise, auch nicht während der kritischen Tage des Juli und selbst nicht Anfang August 1914. Nach dem Weltkrieg verhielt sich England genau so: Austen Chamberlain lehnte das "Genfer Protokoll" ab, und außer den Locarno-Berpflichtungen übernahm England keine Garantien, die selbsttätig zu einem militärischen Eingreisen hätten sühren können. Erst im Februar dieses Jahres erhielt Frankreich die oben erwähnte Zusage sür den Fall eines Angriss auf seine lebenswichtigen Interessen. Und nun hat das britische Kasbinett durch Neville Chamberlain, ohne jegliche Gegensorderungen, von sich aus dem polnischen Staat solgende Zusicherung gegeben: "Das Haus weiß, daß gewisse

Besprechungen mit andern Mächten im Gang sind. Um die Haltung seiner Majestät Regierung vollkommen klarzustellen, bevor diese Besprechungen noch beendet sind, darf ich das Haus jest davon unterrichten, daß S. M. Regierung während dieser Zeit im Fall einer Handlung, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedroht und der mit ihren Streitkräften zu widerstehen die polnische Regierung daher sür lebenswichtig hält, sich verpslichtet sühlen würde, der polnischen Regierung sosort alle in der eignen Macht liegende Unterstützung zu gewähren."

Die Bebeutung dieser Worte kann gar nicht hoch genug eingeschätt werden: hier hat Neville Chamberlain die letten Reste der alten Aberlieserung aus Salisdurys Zeiten, des "glänzenden Alleinstehens" Groß-britanniens, aus dem Beg geräumt und mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sein Land bei einem Angriff auf die Unabhängigkeit Polens mit Bassenwalt schützend eingreisen wird. Diese sür das weitere Geschiek Europas so bedeutende Erklärung wurde im Unterhaus, ohne Unterschied der Parteien, mit allgemeiner zusst im mung aufgenommen. Diese Zustimmung des Unterhauses — wie des ganzen Landes und der vorher bestagten Dominien — hat das Hilsversprechen gegen einen Angriff erst möglich gemacht und gibt ihm seine eigentliche praktische Bedeutung, zumal die "Feldtruppe" Englands von den erweiterten 19 auf 32 Divisionen erhöht und das Freiwilligenheer der Territorialen auf 450 000 Mann gesteigert werden soll.

Die Zusage an Polen gilt zunächst bis zum Abschluß der Berhandlungen mit ben Staaten Ofteuropas und wird bann wohl einen Bestandteil einer Gruppe von Berträgen bilben, die sich dem Borbild des französisch-polnischen Abkommens annahern burften. Bilt die Bujage, jo muffen wir fragen, auch fur ben polnisch en Rorribor? Die Antwort ergibt fich bereits aus bem vollen Wortlaut ber Chamberlain-Erflärung: fie lautet Ja. Soll bamit ber bestehenbe Buftanb berewigt, joll die Zufunft also auf ein hartes Entweder - Dder, entweder auf die Erhaltung bes Status quo ober einen Rrieg, eingeengt werden? Die Antwort lautet, genau jo flar: Rein. Diejer Tatbestand ift von ausschlaggebender Bedeutung und muß hüben wie drüben erfannt werden: die bewaffnete Silfe Großbritanniens ift gegen einen Angriff, gegen die Anwendung von Gewalt, gegen die Unterjochung eines Staates unter einen andern zugesagt. Im gleichen Atemzug aber, als Neville Chamberlain dies Bersprechen abgab, erflärte er: die Regierung "hat unablässig eine Berichtigung von Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen ben betroffenen Staaten ergeben mogen, burch freie Berhandlungen befürwortet. Sie ift der Unficht, daß dies ben naturlichen und richtigen Beg darftellt, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ihrer Ansicht nach fonnte es feine Frage geben, die sich nicht durch friedliche Mittel losen läßt, und es konnte keine Rechtfertigung dafür geben, wenn durch die Anwendung von Gewalt ober durch die Anbrohung von Gewalt das Mittel der Verhandlung ersett werden sollte." Dies ift Großbritanniens Ausgangspuntt, die Grundlage feiner Politik, der fich Frankreich mit gleichen Rechten und Pflichten anschloß, dem sich die Oftstaaten im Lauf der tommenden Bochen anichließen burften, und bem die öffentliche Meinung in ben Bereinigten Staaten von Amerika voll zustimmt. Ein Angriff also soll verhindert werden — damit foll aber zugleich die Tur weit geöffnet werden für eine friedliche Aussprache über bestehende Unstimmigfeiten. Mit beiberseitig gutem Billen muffen sie sich friedlich lösen lassen. Rein Zweifel, daß die Frage des polnischen Korridors, ber Deutschland in zwei Teile teilt, zu biesen Unftimmigkeiten gehört, die in einer echten Berftändigung zwischen Deutschland und Polen bereinigt werben muffen. Das wird möglich fein, wenn die "Anwendung oder die Drohung von Gewalt", von ber Chamberlain iprach, ber Bergangenheit angehört und man fich auf eine Löfung einigen kann, die dem Grundsat der Gerechtigkeit, und nicht der größeren Macht, entipricht.